

# Deutschland und Frankreich sorgen sich um Basel

**Analyse** Der Besuch der beiden Botschafter bei der Basler Regierung legt die eigene Sorge um die Perspektivlosigkeit des Verhältnisses der Schweiz zur EU offen.

**Thomas Dähler**

Der Besuch des französischen und des deutschen Botschafters bei der Regierung des Kantons Basel-Stadt ist aussergewöhnlich. Das trinationale Gespräch der Botschafter Frédéric Journès und Michael Flügger mit dem Basler Regierungspräsidenten Beat Jans hat einen Blick hinter die Kulissen der Beziehungen zwischen der Schweiz und den beiden Nachbarländern erlaubt. Gemeinsam mit Basel-Stadt sorgen sich Deutschland und Frankreich nicht nur um die Beziehungen zur Schweiz, sondern auch um die prosperierende Agglomeration Basel, die mit dem Abbruch der Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU plötzlich um ihre Zukunft fürchten muss.

Der Hinweis auf den Élysée-Vertrag von 1963 war der Anlass für den Besuch der beiden Botschafter. Dieser zeigt auf,

dass Frankreich und Deutschland in der Region Basel vor dem gleichen Problem stehen: Die Schweiz muss mit der EU einen Weg finden, der den Zugang der Schweiz zum europäischen Binnenmarkt aufrechterhält, denn auch die Nachbarn haben ein vitales Interesse, dass die Zukunft der Agglomeration Basel nicht durch eine harte Handelsgrenze beschädigt wird. Gleichzeitig sehen sich die beiden Länder aber gegenüber den 25 weiteren EU-Staaten in der Pflicht, den Binnenmarkt nicht aus Eigeninteresse erodieren zu lassen – sich nicht für eine Extrawurst für die Schweiz einsetzen zu können.

Frankreich und Deutschland könnten in eine schwierige Situation geraten, wenn die Schweiz und die EU keine Lösung finden, räumte der deutsche Botschafter ein. Und sein französischer Kollege verwies auf die 35'000 Franzo-

sen, die in der Region Basel arbeiten. Für Frankreich und Deutschland würde ebenso wie für Basel der Worst Case eintreten, wenn sich die Schweiz dazu entschliesse, die Teilnahme am Binnenmarkt aufzugeben – zugunsten von Handelsbeziehungen, wie sie etwa die EU und Grossbritannien seit dem Brexit unterhalten. Das bedeutete de facto das Aus für die Life-Sciences-Branche in Basel, von der auch das Elsass und Südbaden in besonderem Masse profitieren.

Deutlich wurde in dem Gespräch, dass es nicht in erster Linie um Finanzen geht. Auch mit weiteren Kohäsionsmilliarden kann die Schweiz den Zugang etwa zu Horizon Europe kaum erkaufen – der ersten echten Schwierigkeit nach dem Nein zum Rahmenabkommen. Bei Horizon Europe von einer Retorsionsmassnahme zu sprechen, sei falsch und unfair, sagte Journès. Die EU schütze

damit nur gezwungenermassen die Regeln des Binnenmarktes.

Flügger wies darauf hin, dass die Schweiz schon 2016 mit dem Rückzug des Beitritts-gesuchs von einer Perspektive Abschied genommen hat; der Bundesrat hatte damals die eidgenössischen Räte vergeblich davor gewarnt, mit dem Rückzug in Brüssel unnötigerweise ein schlechtes Zeichen zu setzen. Mit dem Abbruch der Verhandlungen für ein Rahmenabkommen fehlt nun seit letztem Mai jede Perspektive.

Wer genau hinschaut, stellt auch fest, dass sich die Schweiz mit der Perspektivlosigkeit etwa von der Türkei unterscheidet, die bei Horizon Europe dabei ist. Die Türkei hat eine Perspektive, ist bis heute Beitrittskandidat, auch wenn ein Beitritt zurzeit undenkbar ist.

Es ist kein Zufall, dass der Bundesrat bis heute nicht weiss,

wie er aus der Sackgasse. Das ist nicht nur ein innenpolitisches Problem. Regierungspräsident Jans macht zu Recht darauf aufmerksam, dass die Schweiz die Nachbarn und die EU verstehen muss. Diese will nicht nur über Schweizer Interessen wie die Forschung, den erleichterten Export oder den Strom sprechen, sondern auch um die ihrer Meinung nach wichtigen institutionellen Fragen.

Es gibt aus Sicht der Teilnehmer des Binnenmarkts nur drei Möglichkeiten für die Schweiz: den EU-Beitritt, den EWR oder vereinbarte institutionelle Regeln. Der EU-Beitritt ist politisch heute nicht mehrheitsfähig, ein EWR-Beitritt vermutlich kaum vorteilhaft. Demnach bleibt wohl nichts anderes übrig, als mit einem neuen Ansatz die institutionellen Fragen mit Brüssel anzugehen.

Die prosperierende Region Basel könnte dabei für Bern

Grund genug sein, einen neuen Anlauf für ein Abkommen zu nehmen. Immerhin ist Basel-Stadt in der Schweiz der zweitgrösste Nettozahler, ist die Pharmaindustrie der Region Basel der wichtigste Wirtschaftszweig der Schweiz. Die beiden Botschafter und Basel sind sich einig: Die Schweiz und die EU brauchen eine Perspektive, wie es weitergehen könnte. Der Ball liegt in Bern.

Die beiden Besucher wissen, dass mit dem Verlust der Prosperität Basels auch das wirtschaftliche Wohlergehen der benachbarten Regionen im Elsass und in Südbaden stark in Mitleidenschaft gezogen würde. Für sie steht entsprechend ebenso einiges mehr auf dem Spiel als bloss die Brückenpläne zwischen dem Hafen und Weil am Rhein, die auch noch besprochen wurden. Über diese waren sich die drei Gesprächsteilnehmer rasch einig. Schon wegen deren Symbolik.